

SR-Sitzung 03.06.2008 – Jahresbericht des Behindertenbeauftragten 2007

Herr Pischner

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, es ist, glaube ich, das erste mal, dass die Jahresberichte der Beauftragten unmittelbar vor Ihnen hier innerhalb der Stadtratssitzung vorgestellt werden, da es sich ja „nur“ um Informationen handelt. Insofern möchte ich mich für diese Gelegenheit bei Ihnen und besonders dem Stadtratsvorstand ausdrücklich bedanken.

Der Oberbürgermeister hat eben sinngemäß gesagt: „Wenn man mit offenen Augen durch Magdeburg geht, kann man die Erfolge und Fortschritte innerhalb der letzten sieben Jahre nachvollziehen und sehen“. Das würde ich auch aus der Sicht von Menschen mit Behinderungen bestätigen, auch wenn mir selbst das „Mit offenen Augen durch die Stadt gehen“ ein bisschen schwer fällt. Ich bitte deswegen auch um Verständnis, dass ich hier keinen Bericht vorlese, das geht in Blindenschrift ein bisschen schwer, sondern versuche, Ihnen ein paar Aspekte meiner Tätigkeit aus dem Jahre 2007 und einige aktuelle Fragen aus der Sicht von Menschen mit Behinderungen kurz darzustellen. Ich werde dabei versuchen, mich kurz zu fassen und nur auf einige wenige Schwerpunkte einzugehen, da ich einen etwas längeren Bericht hier schlecht ausführlich darstellen und einbringen kann, der ja auch schon in einigen Ausschüssen vorgestellt worden ist.

Es ist der 10. Bericht, den ich Ihnen, in meiner Funktion als Behindertenbeauftragter vorlege. Es ist auch diesmal wieder versucht worden, die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Stadt, wie sie sich im Berichtsjahr dargestellt hat, möglichst umfassend zu schildern und mit Zahlen und Fakten zu unterlegen und natürlich auch die Tätigkeitsfelder des Behindertenbeauftragten einzubeziehen und vorzustellen. Da ich den Bericht ja als Beauftragter, als Einzelperson, einreiche, bitte ich auch zu berücksichtigen, dass sicherlich die eine oder andere Ansicht subjektiv und auch strittig sein kann.

Ich werde einige Worte zur Einführung sagen, danach drei Schwerpunkte kurz anreißen, die in diesem Bericht ausführlicher behandelt worden sind, nämlich einmal die Frage der Entwicklung der Förderschulen in Magdeburg, dann die Frage der Betreuung der Menschen mit Behinderungen, die arbeitslos sind, und werde versuchen, ein Schlaglicht auf das Problem „Behinderung und Armut“ zu werfen, um dann noch einige Worte zu einem Problem zu sagen, das die Stadt maßgeblich selbst beeinflussen kann, nämlich die Verbesserung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen im städtischen Raum und im öffentlichen Verkehrsraum.

Wenn Sie den Bericht durchblättern, werden Sie feststellen, dass die Anzahl der Menschen mit Behinderungen geschrumpft ist. Das ist zunächst mal überraschend. Wir haben momentan noch rund 17.000 anerkannte Schwerbehinderte, zu denen noch einige Tausend mit geringerem Grad der Behinderung kommen. Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts hatten wir noch 21.000 Betroffene und vor zwei Jahren, als die letzte landesweite statistische Erfassung stattfand, waren es noch ungefähr 18.800.

Woran mag das liegen? Das stellt sich sicherlich als Problem dar. Wenn man die Praxis sieht, die demografische Entwicklung betrachtet und auch die Altersstruktur hier in Sachsen-Anhalt, ist das eigentlich überraschend. Erklärt werden kann das nur mit einer relativ rigiden Anerkennungspraxis der Landesbehörden, die zuständig sind für Schwerbehindertenanträge – also das Versorgungsamt innerhalb des Landesverwaltungsamtes. Zum anderen kann es natürlich

auch sein, dass viele Betroffene gar keinen Antrag stellen, wenn sie keine konkreten Nachteilsausgleiche damit verbinden können.

Das hängt auch ein bisschen mit der Altersstruktur der betroffenen Klientel zusammen. Nur 2 % dieser 17.000 Schwerbehinderten sind jünger als 18 Jahre, also Kinder und Jugendliche, während etwa 60 % - dieser Anteil ist sogar etwas gestiegen – im Rentenalter sind, also über 65 Jahre. Insofern überschneiden sich sicherlich die Probleme, die ich habe, mit denen des Seniorenbeauftragten oder der Seniorenvertretung. Das trifft auch für die rund 6.000 Menschen zu, die pflegebedürftig sind, Die natürlich im Sinne von Schwerbehinderung in der Regel auch als solche anzusehen sind, wobei ich – das habe ich in dem Bericht auch ausgeführt – als Problem gegenwärtig in Magdeburg vor allem sehe, dass immer neue und weitere privat finanzierte Alten- und Pflegeheime gebaut werden, deren Gesamtkapazität demnächst 3.000 Plätze überschreiten wird, was auf der einen Seite zu höheren Kosten führt, allerdings weniger in der Kommune als beim Land, als Träger der überörtlichen Sozialhilfe, zum anderen aber auch die Heime selbst in Schwierigkeiten bringen kann, wenn sie wegen mangelnder Auslastung nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können.

Außerdem ist im Sinne der Betroffenen eigentlich anzustreben, dass es gestufte Angebote geben sollte, die auf eine ambulante pflegerische Betreuung in der eigenen häuslichen Umgebung orientieren.

Dies vielleicht zur allgemeinen Einführung.

Zu dem ersten Schwerpunkt, den ich genannt habe, Förderschulen. Wir haben in Sachsen-Anhalt das Phänomen, bundesweit einsame Spitze zu sein, was den Anteil der Förderschüler an der Gesamtschülerzahl betrifft. Die liegt bei ungefähr 7.8 %, hier bei uns in der Stadt bei ungefähr 7.5 %. Das heißt: Wir hatten zu Schuljahresbeginn 1.329 Schüler, die eine von 12 Förderschulen besucht haben, haben aber nur 119 Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in der Regel also einer Behinderung, die eine Regelschule besuchen. Diese Zahlen haben sich praktisch gegenüber dem Vorjahreszeitraum kaum verändert, während die Gesamtschüleranzahl natürlich aufgrund der geringeren Geburtenjahrgänge generell gesunken ist. Das ist ein Zustand, der aus meiner Sicht auf Dauer so nicht hinnehmbar ist, vor allem in Bezug auf die Schüler, die in den Förderschulen für Lernbehinderte unterrichtet werden. Das sind immer noch über 700 und deren Perspektive sieht nach allen Erfahrungen düster aus. Es ist also so, dass sicherlich große Teile der Schüler, die eine höhere Schulform absolviert haben, aufgrund der Arbeitsmarktsituation und der anderen Umstände, die Sie alle kennen, die Stadt zur Ausbildung oder nach ihrer Ausbildung verlassen (leider), während die Förderschüler uns in der Regel hier erhalten bleiben. Ein Schlaglicht vom März d. J. ergab, dass von damals 981 arbeitslosen Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren, die vom Jobcenter ARGE betreut wurden, 535 keinen Schulabschluss oder nur den einer Förderschule hatten. Das sind Bedingungen, mit denen wir uns auf Dauer nicht abfinden können, zumal eben auf dem Arbeitsmarkt die Chancen für die Betroffenen sehr gering sind.

Anlässlich der 3. Behindertenpolitischen Konferenz zu diesem Thema, die kürzlich hier im Gesellschaftshaus stattfand, allerdings auf Landesebene, wobei der Ministerpräsident das Schlusswort gehalten hat, hat mir eine Förderschullehrerin, eine Leiterin einer Förderschule aus dem Salzlandkreis erzählt: Sie hat drei oder vier Jahre nach Abschluss eines Jahrganges ihrer Förderschule, die 20 Absolventen befragt, 18 von denen saßen auf der Straße oder hatten irgendwelche Warteschleifen zu absolvieren. Um diese Tendenz in Magdeburg zu vermeiden oder zu verringern, wäre es extrem wichtig, den gemeinsamen Unterricht erheblich zu steigern und auszuweiten. Momentan besteht der Eindruck, dass das auch die Regierung so sieht. Der Ministerpräsident hat das zugesichert. Und auch das Kultusministerium macht offenbar ganz leichte Ansätze, hier auf diesem Gebiet tätig zu werden. Die sehen wohl den Königsweg momentan in Kooperationsklassen oder in der weiteren Gestaltung der Förderzentren. Ich

habe das Förderzentrum Mitte im Jahresbericht diesmal etwas ausführlicher dargestellt, weil es dasjenige ist, das hier bereits am längsten und auch am erfolgreichsten tätig ist. Aber eine Lösung des Problems wird es nur geben, wenn die Anzahl der Förderschüler speziell im Lernbehindertenbereich erheblich sinkt.

Zweiter Schwerpunkt – Arbeitsmarkt.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich 2007 die Situation für Menschen mit Behinderungen kaum verbessert. Es waren nach der Statistik der Arbeitsagentur, wenn man alle die herausrechnet, die da aus irgendwelchen Gründen gerade herausfallen, zeitweilig oder ständig, ungefähr 780 arbeitslose Schwerbehinderte im Monatsschnitt. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in Magdeburg in diesem Zeitraum um ca. 10 % zurückgegangen, in Bezug auf die Schwerbehinderten um ungefähr 5 %. D. h., die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, die ja konjunkturell eher zyklisch bedingt sind und sich auch wieder umkehren können, haben sich für Menschen mit Behinderungen nicht positiv ausgewirkt. Bundesweit war es etwas besser, aber da ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Zum zweiten kommt dazu, dass ein großer Teil dieser arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten beim Jobcenter ARGE angesiedelt sind, also im Rechtskreis des SGB II, mit der Folge, dass sie aufgrund der Struktur unserer ARGE hier in Magdeburg eine völlig unzureichende behinderungsgerechte Betreuung erfahren. Dieses Problem wurde meinerseits gegenüber der ARGE, auch von der AG Behinderte und anderen bereits vor zwei Jahren ausführlich angesprochen und versucht, der Geschäftsführung der ARGE näher zu bringen, bisher ohne durchschlagenden Erfolg. Insofern bin ich Ihnen dankbar, dass Sie in einem interfraktionellen Antrag beschlossen haben, dieses Problem einer Lösung zuzuführen oder näher zu bringen, was zumindest zu einer Annäherungslösung geführt hat. Das Jobcenter hat sich zwischenzeitlich bereit erklärt, in seinen vier regionalen Teams jeweils einen Ansprechpartner für solche Fragen der Integration von Menschen mit Behinderungen einzusetzen, der allerdings weniger den Betroffenen zugute kommen wird, als etwa den Mitarbeitern, um eventuelle Probleme abzuklären. Es gibt mittlerweile auch eine Hauptansprechpartnerin bei der ARGE, mit der ich zusammenarbeiten kann. Ich denke, das ist ein Weg in die richtige Richtung gedacht, aber noch keine Lösung des Problems. In Halle gab es von Anfang an ein eigenes Team in der dortigen ARGE mit insgesamt 15 Mitarbeitern und relativ erfolgreicher Tätigkeit. Ausnahmsweise könnte man hier auch mal von Halle lernen, denke ich.

Ein Problem, das damit zusammenhängt und korreliert, ist die Tatsache, dass die beiden Werkstätten für Menschen mit Behinderungen der „Lebenshilfe“ und der „Pfeifferschen Stiftungen“ sich dagegen blühend entwickeln und immer größere Anzahlen von Betroffenen dort landen, allerdings mit wenig Aussichten, dort auch wieder wegzukommen. Das sind inzwischen schon 800 Menschen mit Behinderungen, die dort arbeiten. Bloß das ist eben geförderte Arbeit, im Prinzip mit einem Taschengeld, allerdings der Perspektive, dort einen eigenen Rentenanspruch zu erwerben, also insofern zu begrüßen, aber sicherlich keine Lösung für Menschen mit Behinderungen generell.

Zum dritten Schwerpunkt, den ich ansprechen möchte: Behinderung und Armut.

Ich mache das ganz bewusst und absichtlich, Sie haben ja selber erst kürzlich über das Phänomen der wachsenden Kinderarmut hier diskutiert und debattiert und auch in den Ausschüssen und im Stadtrat selbst verschiedene Themen dieser Art behandelt, etwa die Frage der Vergabe des Magdeburg Passes aber auch einige andere damit zusammenhängende Probleme. Ich möchte das ergänzen durch das Phänomen, dass auch behinderte Menschen zunehmend in Armut leben müssen. Das betrifft verschiedene Gruppen. Das sieht man an steigender Anzahl von Grundsicherungsempfängern, die ja insgesamt noch relativ niedrig sind, aber mit einer

steigenden Tendenz. Es betrifft vor allem allein stehende ältere erwerbsgeminderte Menschen, vor allem Frauen.

Die zweite Gruppe, das ist besonders problematisch, sind die integrativ betreuten behinderten Kinder in Kindereinrichtungen. Dort fällt auf (das fiel erstmals auf aufgrund geänderter Abrechnungsvorschriften), dass der Anteil der Kinder mit Förderbedarf in integrativen Einrichtungen, die in Familien leben, die auf Hartz IV angewiesen sind, doppelt so hoch ist, wie im Durchschnitt aller Kinder und aller Kindereinrichtungen. Das heißt: Man kann den engen Zusammenhang von Benachteiligung, Behinderung und von Behinderung bedroht sein eigentlich hier einfach nachweisen. Das setzt sich fort in den Förderschulen, wo mir die Schulleiter versichert haben, dass ungefähr 75 % ihrer Schüler in benachteiligten Familien leben, die von Sozialtransfers abhängig sind, also in der Regel von Hartz IV. Auch hier ist der Anteil doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Schüler. Dieser enge Zusammenhang sollte uns doch künftig vielleicht etwas mehr beschäftigen, um diesen Personenkreis bessere Entwicklungsbedingungen zu bieten, jedenfalls soweit es die Kommune kann.

Eine weitere Gruppe sind natürlich die schon erwähnten von Jobcenter ARGE betreuten arbeitslosen Schwerbehinderten, die große Probleme haben im Hinblick auf eine echte Teilhabe. Von einer „echten Teilhabe“ am Leben der Gemeinschaft kann man dabei eigentlich nur schwer sprechen. Mich erreichen aus diesem Personenkreis immer wieder Anfragen, wo man denn noch irgendeine Förderung oder Unterstützung herbekommen kann.

Allerdings ist dies eben in diesem Rechtskreis (SGB II) schlicht nicht vorgesehen. Es gibt noch weitere Gruppen, psychisch Kranke, Suchtkranke, die im weitesten Sinne dazugehören oder auch die Werkstattklientel. Die würden allerdings entsprechend einzeln betrachtet werden müssen.

Ich kann nur empfehlen, das in dem Bericht nachzulesen.

Zum Problem der Barrierefreiheit. Das ist nun ein Thema, mit dem ich regelmäßig befasst bin und bei dem ich mir sicher bin, inzwischen auch bei Ihnen offene Ohren zu finden, wie neu-lich auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr betont wurde, oder wie Sie es im vergangenen Jahr zum Ausdruck gebracht haben, als Sie die zweite Auflage der Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Stadt Magdeburg beschlossen haben. Ich denke wir sind da auf einem relativ guten Weg, allerdings mit einigen Schönheitsfehlern und eben noch vielen offenen Wünschen.

Im vergangenen Jahr ist einiges getan worden, was die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen anbelangt.,

Das betraf sowohl die Schulen, die im vergangenen Jahr im Rahmen von IZBB oder auch des ersten Paketes von PPP in Angriff genommen wurden, was dazu führen wird, dass sich die Schullandschaft, soweit es die Barrierefreiheit betrifft, sehr zum Positiven verändern wird. Die Lindenhofschule ist ja schon fertig, die beiden Sportschulen ebenfalls (mit Einschränkungen) und auch die PPP-Schulen des ersten Paketes werden, denke ich, zu einer erheblichen Verbesserung der Barrierefreiheit an Schulen führen, was ja nicht nur den Schülern und Lehrern zu Gute kommt, sondern auch dem jeweiligen Wohngebiet oder etwa den sonstigen Nutzungen von Schulgebäuden, als Wahllokale und ähnliches.

Auch auf kulturellen Gebiet konnten, was die Zugänglichkeit von Einrichtungen betraf, Fortschritte erzielt werden. Herausragend ist etwa die Lukasklause, als sehr schönes Beispiel einer barrierefreien Sanierung eines historischen Gebäudes trotz Denkmalschutz und mangelnder Mittel oder auch etwa die Gestaltung des Hofes der Möllenvogtei, der jetzt annähernd barrierefrei ist, trotz der komplizierten Gelände-Verhältnisse. Gleiches gilt für das Klosterumfeld oder auch die weiteren Baumaßnahmen innerhalb der Festung Mark, wo ebenfalls eine sehr gute Lösung herauskommen wird. Dabei fällt übrigens auf, dass jetzt die andere soziokulturelle Einrichtung der Stadt, die Feuerwache Sudenburg, die vorher in den 90-er Jahren saniert wurde, eben nicht barrierefrei ist. Das ist aus meiner Sicht ein Wehrmutstropfen.

Ein weiterer Wehrmutstropfen ist natürlich der Zustand, der sich, durch den Umzug der Volkshochschule ergeben hat. Die Volkshochschule richtet sich ganz maßgeblich auch an ältere und behinderte Menschen, ist jetzt aber in einem Gebäude, das zwar mit großer Anstrengung soweit renoviert und teilsaniert werden konnte, dass es gut nutzbar ist als Volkshochschule, aber es ist absolut nicht barrierefrei. Menschen, die stark gehbehindert sind oder mobilitätseingeschränkt, die im Rollstuhl sitzen, haben dort keine Chance,

Ihnen ist das Problem bekannt und ich denke, wir sind uns einig: Hier muss möglichst kurzfristig eine Lösung gefunden werden. Ich weiß auch nicht, wo das Geld abgezockt werden kann, Herr Oberbürgermeister, aber es wäre dringend, dort einen Aufzug und ein Behinderten-WC einzurichten, um auch behinderten Menschen den Zugang zu den Angeboten der Volkshochschule zu ermöglichen, die ansonsten, was die Belange von behinderten Menschen und Angebote für diesen Personenkreis betrifft, vorbildlich ist.

Ein weiterer Wehrmutstropfen, der sich im vergangenen Jahr ergeben hat, war die Absicht des Zoos, ein Eingangsgebäude zu errichten, das nur im Erdgeschoss barrierefrei gestaltet werden soll, während der Zoodirektor sich einen Konferenzraum für 60 Personen im Obergeschoss einrichten will, aber meint, er diene nur internen Zwecken und brauche nicht barrierefrei zugänglich zu sein. Hier besteht ein Dissens zwischen der AG Behinderte und mir und auf der anderen Seite dem Zoo, der bisher nicht gelöst werden konnte. Wir bekommen da voraussichtlich einen Aufzugsschacht, aber keinen Aufzug.

Insofern bin ich übrigens auch dankbar, dass heute ein Antrag auf der Tagesordnung steht, der sich mit der barrierefreien Zugänglichkeit mit den ÖPNV bezieht, wo ja am Zoo bisher keine geeignete Möglichkeit bestehen würde, wenn dieses neue Eingangsgebäude fertig ist.

Es wären noch einige Worte zum Thema Wohnen zu sagen. Hier gibt es leichte Verbesserungen, da es aber derzeit in Magdeburg kaum Geschosswohnungsbau gibt, 2007 war das nur im ganz begrenzten Rahmen der Fall, ist auch die Zahl der barrierefrei zugänglichen Wohnungen nicht wirklich gestiegen. Trotzdem zeigt sich, wenn man die letzten sieben oder zehn Jahre nimmt, aus meiner Sicht eine im Wesentlichen positive Rahmenentwicklung.

Ein Beispiel: Es ist gelungen, die Wohnungsbaugenossenschaft von 1954 dazu zu veranlassen, ihr Hochhaus auf dem Werder in der Mittelstraße nun endlich mit einer barrierefreien Rampe für die dort wohnenden Rollstuhlfahrer zu bestücken – mit einigen Kosten natürlich – denn das Gebäude wurde ja auch schon Ende der 90er Jahre saniert. Aber dies sind natürlich kleine Erfolge, über die man sich als Behindertenbeauftragter freut, nachdem man darauf immer wieder hingewiesen hat.

Zum Verkehrsraum, zur MVB, kann ich eigentlich nur sagen, dass ich mit der Zusammenarbeit sehr zufrieden bin. Die MVB beteiligen sich regelmäßig an der AG Behinderte und wir konnten da eine Reihe von Lösungen finden, etwa die Ausstattung aller Niederflurfahrzeuge mit mobilen, transportablen Rampen, die nun mit einigem Kostenaufwand abgeschlossen werden konnte, sowie der neu angeschafften Fahrzeuge mit ausklappbaren Rampen. Das ist doch ein erheblicher Fortschritt. Und es wird sich auch hier eine weitere Verbesserung ergeben, wenn die zweite Nord-Süd-Verbindung in der Leipziger Straße und bis zum Bördepark weitergebaut wird.

Soviel vielleicht zum Problem der Barrierefreiheit.

Ich könnte das jetzt alles noch einmal zusammenfassen, möchte mich aber kurz fassen und sagen: Hauptaugenmerk, auf das wir künftig vielleicht unsere Aufmerksamkeit richten sollten, sind Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.

Zum Zweiten, die Betreuung von Behinderten auf dem Arbeitsmarkt, zum Dritten, dass die Barrierefreiheit weiter einen vorderen Platz auf der Tagesordnung behält und dass Versuchen

entgegen getreten wird, die es immer wieder gibt, sowohl aus der Verwaltung als auch von Freien Bauherren, aus Kostengründen auf Barrierefreiheit mehr oder weniger zu verzichten.

Mir bleibt nur, Ihnen, soweit Sie sich beteiligt haben an der Arbeit, insbesondere auch den ehrenamtlichen Mitgliedern der AG Behinderte, die selbst betroffen sind, ganz herzlich zu danken. Auch den Mitarbeitern der Verwaltung, die auf diesem Gebiet tätig sind und insbesondere den Stadträten, die sich regelmäßig Zeit für die AG Behinderte genommen haben – das waren vor allem Frau Paqué, Herr Löhr und Herr Dr. Hildebrand – sei noch einmal ganz herzlich gedankt

Verbunden mit der Hoffnung, dass sie auch weiterhin den Problemen der Menschen mit Behinderungen offen gegenüber stehen. Allen anderen Fraktionen kann ich nur empfehlen oder würde sie bitten, darüber nachzudenken, ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu intensivieren.

Vielen Dank.